

# Ein Plädoyer für kurze Wege

Dr. Kathrin Wrobel: Es spricht nichts für die Schaffung einer Einheitsgemeinde

Von Sabine Elling

RETHEM - Drei Gemeinden und die Stadt Retheim gehören zur Samtgemeinde Retheim. Während Häuslingen und Frankenfeld sich eigenständig um ihre Verwaltungsgeschäfte kümmern, erledigt die Samtgemeinde-Vorwaltung die Arbeiten für Retheim und Böhmke mit. Die vier Bürgermeister haben sich in Interviews zur Eigenständigkeit und zum Thema Samtgemeinde geäußert. Heute kommt Dr. Kathrin Wrobel, Bürgermeisterin in Häuslingen, zu Wort.



Dr. Kathrin Wrobel.

mus die Mehrbelastung mittragen. Deshalb lehnen viele Bürgermeister dies mittlerweile ab und beschränken sich auf die repräsentative Vertretung der Gemeinde.

Der größte Vorteil der Eigenständigkeit liegt meines Erachtens in der Ehrlichkeit. Die Gemeinde stellt den Haushalt nach den lokalen Notwendigkeiten und Planungen auf und beschließt über ihn. Damit wird in der Gemeinde individuell angepasst bestimmt, wofür das Steuergeld der Bürger ausgegeben wird.

## Bürger sind keine „Aktzeichen“

Die Einwohner haben mit dem Bürgermeister einen festen und verlässlichen Ansprechpartner direkt vor Ort, der sich um ihre Belange kümmert und sie meistens sogar persönlich kennt. Sie sind kein „Aktzeichen“. Zudem kann durch die eigenständige Verwaltung meistens schnell reagiert werden, oft auch unbürokratisch auf dem so genannten „kleinen Dienstweg“ ohne große Formalitäten.

Meine Erfahrung aus den letzten fünf Jahren zeigt,

dass die Bürgerinnen und Bürger es sehr begrüßen, mit mir persönlich über ihr Anliegen zu sprechen, statt auf einer Behörde einen Antrag einzureichen. Nicht zu vergessen ist, dass in eigenständigen Gemeinden oft eine große Bereitschaft zum ehrenamtlichen Mithelfen vorhanden ist. Die Menschen identifizieren sich mit ihrem Ort und sind bereit, sich einzubringen. Dies fördert die Gemeinschaft und spart darüber hinaus Kosten.

**Alle Mitglieder zahlen, selbst wenn die Verwaltungsgeschäfte im Rethemer Rathaus erledigt werden, prozentual gehen die gleichen Samtgemeindeumlage. Sollte das so bleiben?**

**Wrobel:** Eine solche Regelung war und ist inakzeptabel. Ich habe diesen Umstand mehrfach in der Vergangenheit gegenüber dem Samtgemeindebürgermeister angesprochen. Bisher fehlten jedoch verlässliche Daten, auf deren Grundlage ermittelt werden kann, wie viel Zeitaufwand die Wahrnehmung der Verwaltungsgeschäfte in den einzelnen Gemeinden verursacht / verursachen würde. Diese Daten liegen nun vor, und wir werden auf Samtgemeindeebene über eine gerechte Aufteilung der Kosten sprechen und eine Vereinbarung treffen müssen.

Eine Gemeinde, die ihre Verwaltung selbst führt und damit der Samtgemeinde Kosten und Zeitaufwand erspart, sollte hieraus keine Nachteile erleiden. Ein erfreulicher Vorteil der Dezentralisierung ist übrigens auch, dass man oftmals abgeschätzt werden kann, wieviel Geld/Wert die Arbeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hat.

**Was spricht denn überhaupt für einen solchen Zusammenschluss?**

**Wrobel:** Sofern mit Zusammenschluss die Schaffung einer Einheitsgemeinde aus den Gemeinden der Samtgemeinde Retheim gemeint ist, derzeit meiner Ansicht nach überhaupt nichts. Die Behauptung, hierdurch würden Kosten eingespart, ist eine Milchmädchenrechnung.

Die Tatsache, dass mehrere Gemeinderäte vorhanden sind und Kosten verursachen, wird durch andere Aspekte wie zum Beispiel Liegenschaftsbetreuung,

Gründlingservice und Wahrnehmung der Verwaltungsgeschäfte bei weitem aufgewogen.

Wenn eine Einheitsgemeinde dies alles übernehmen müsste, würde das am Ende erheblich mehr Kosten verursachen als aktuell die äußerst bescheidenen Aufwandserschätzungen der Ratsmitglieder und Bürgermeister.

Sinn machen würde höchstens ein größerer Zusammenschluss zwischen mehreren Samtgemeinden auf Verwaltungsebene mit Beibehaltung der Selbstständigkeit der Mitgliedsgemeinden. Bei einer solchen Konstellation, wie sie aktuell auch in einer Studie für eine interkommunale Zusammenarbeit der Samtgemeinden Retheim, Schwarzmünde und Ahlden untersucht wurde, zeigen sich durchaus Einsparpotenziale.

Man muss sich dann allerdings darüber im Klaren sein, dass in einem solchen Fall nicht mehr alle Serviceleistungen für die Einwohner in jedem SG-Hauptort verfügbar sein werden, und dies den Menschen auch deutlich mitteilen.